

Scheitern der Anleiheverhandlungen in Paris hat sich, wie wir gestern berichteten, der ungarische Minister des Auswärtigen mit besonderer Befriedigung geäußert und auch den politischen Beigeschmack der Anleihe hervorgehoben. In diesem Sinne äußert man sich jetzt auch in Wien, wie aus der nachstehenden Meldung hervorgeht:

Wien, 1. Oktober. Die „Neue Freie Presse“ schreibt, in den für die politischen Beziehungen der Monarchie maßgebenden Kreisen verweise man darauf, daß die Mitwirkung deutscher Institute bei der ungarischen Anleihe als ein freundschaftlicher Akt Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiete zu betrachten sei, der beweise, daß der Dreibund nicht bloß politisch, sondern auch wirtschaftlich eine geschlossene Machtgruppe darstelle. Es zeige sich, daß die Mitglieder des Dreibundes ohne jede Schwierigkeit in der Lage seien, auch in wirtschaftlichen Fragen selbständig vorzugehen. Insbesondere rühme man hier das rasche Zustandekommen der Anleihe, das auch für die kluge Leitung der auswärtigen politischen Angelegenheiten Deutschlands Zeugnis ablege. Die für die Führung der deutschen Politik maßgebenden Persönlichkeiten wären von dem Wunsche erfüllt, darzutun, daß Deutschland und Österreich-Ungarn auch in wirtschaftlichen Fragen zusammengehen. Der Verlauf der Angelegenheit beweise, daß Ungarn es nicht notwendig habe, eine Anleihe mit einem politischen Zwangskurs aufzunehmen. Diese Lösung zeige auch das Vertrauen, das man in Deutschland zu den konsolidierten wirtschaftlichen Verhältnissen der Monarchie habe.

Budapest, 1. Oktober. Eine maßgebende politische Persönlichkeit äußerte ihre große Befriedigung darüber, daß nach dem Scheitern der ungarischen Anleihe in Paris, diese nunmehr mit Hilfe Deutschlands zustande gekommen sei. In Frankreich scheine sich ein großer Hochmut breit zu machen, als ob größere Transaktionen ohne französische Mit Hilfe ganz und gar undurchführbar wären. Diese Überzeugung erhalte jetzt einen wohlverdienten Dämpfer. Darum sei der Abschluß der ungarischen Anleihe auch als politisches Ereignis und als ein neuer Akt für das österreich-ungarisch-deutsche Bündnis zu betrachten.

Zum österreichisch-französischen Limanowa-Streit.

Wohl im Zusammenhang mit der Platzierung der ungarischen Anleihe in Deutschland ist ein Petroleum-Krieg zwischen Österreich und Frankreich ausgebrochen, der dadurch entstanden ist, daß die österreichische Regierung gegen die in Galizien mit französischem Kapital arbeitende Limanowa-Gesellschaft infolge ihres die anderen österreichischen Petroleum-Gesellschaften schädigenden Verhaltens ergriffen hat. Französischerseits sucht man die ergriffenen Maßnahmen gegen die Einfuhr österreichischen Petroleum als möglichst harmlos hinzustellen, wie aus nachstehenden Meldungen hervorgeht:

Paris, 1. Oktober. Die Maßnahmen, die bezüglich der Einfuhr von österreichischem Petroleum in Frankreich ergriffen werden sollen, stehen keineswegs im Widerspruch mit dem österreichisch-französischen Handelsvertrag von 1884, sondern bedeuten einfach eine Aufhebung der stets widerrechtlichen Vergünstigung. Die Sperrung der Zollbureau des östlichen Frankreichs für Petroleum ist völlig legal und richtet sich nicht ausschließlich gegen das österreichische Petroleum. Die Anwendung der vorgeschlagenen Maßnahmen darf demnach nicht als ein Zeichen zum wirtschaftlichen Bruch mit Österreich angesehen werden, da die österreichisch-ungarischen Erzeugnisse ja noch immer bei der Einfuhr nach Frankreich Vorteile genießen, die ihnen durch den Vertrag von 1884 gesichert sind. Die betreffenden Maßnahmen be-

zwecken einzig, das Gleichgewicht zwischen den Limanowa- und anderen österreichischen Petroleumgesellschaften wiederherzustellen, das durch die österreichische Verwaltung gestört worden ist.

Prag, 1. Oktober. Die französische Regierung hat die Einfuhr von Linsen und Bohnen aus Österreich-Ungarn nach Frankreich untersagt. Angeblich soll der Gefahr der Einschleppung der Cholera vorgebeugt werden; man glaubt aber hier bestimmt, daß die Maßregel mit dem Limanowa-Streit zusammenhängt. Die Bohnenausfuhr Österreichs nach Frankreich betrug 1909 rund 2 Millionen Kronen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Viehseuche auf den Berliner Schlachthöfen. Nachdem am Donnerstag der Berliner Magerviehhof von der Veterinärpolizei gesperrt worden ist, ist am Freitag auch der Städtische Zentralviehhof von einem Exportverbot betroffen worden, das sich auf folgende Tatsache gründet: 15 Kühe, die von dem Rittergutsbesitzer Grätzmeyer aus Groshuhn bei Frankfurt (Ober) nach dem Zentralviehhof eingeführt worden sind, sollen als seuchenverdächtig befunden worden sein. Mit der Sperrung wird eine völlige Desinfektion des Viehhofes verbunden werden, so daß sich die Sperrung auf etwa zwei Wochen ausdehnen wird.

Drohende Aussperrung in der rheinischen Seidenindustrie. In der Sitzung des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie wurde einstimmig beschlossen, in 14 Tagen eine allgemeine Sperrung zu verhängen, falls der Ausstand bei der Firma Eisländer bis dahin nicht beendet ist. Es kommen ungefähr 15 000 Arbeiter in Frage.

Die süddeutschen Sozialdemokraten und die Budgetverweigerung. Eine stürmisch verlaufene Sozialistenversammlung in Stuttgart nahm eine Entschließung im Sinne der Magdeburger Resolution an. Die Abg. Reil, Feuerstein, Heymann verteidigten die Haltung der württembergischen Fraktion und erklärten, kein Versprechen der Unterwerfung abgegeben zu haben.

Die Mitwirkung der Frauen an der Rechtsplege fordert eine Eingabe von Frau Schmidt-Bürkly an die Strafprozeßkommission. In dieser Eingabe, heißt es, wird die Überzeugung ausgesprochen, daß die Mitwirkung der Frauen an der Rechtsplege in manchen Fällen den Richtern das Verständnis für die Beweggründe namentlich weiblicher oder jugendlicher Angeklagter erleichtern würde.

Die Elektrifizierung der Eisenbahnen. Für die Elektrifizierung von Fernbahnen wird, wie man dem Berliner Tageblatt schreibt, im nächsten preussischen Eisenbahnanleihegesetz eine Summe von 40 Millionen Mark angefordert werden, wovon 17 Millionen für die neu in Angriff zu nehmende schlesische Strecke Lauban-Dittersbach und 22 Millionen für die Strecke Dessau-Bitterfeld bestimmt sind, für die im vorigen Jahre eine erste Rate von 2 Millionen zur Verfügung gestellt war. Diese Beträge werden bekanntlich durch Ausgabe von Staatsschuldverschreibungen oder auch vorübergehend durch Schatzanweisungen beschafft. Die Höhe des Anleihebedarfes im nächsten Eisenbahnanleihegesetz steht zurzeit noch nicht fest. In den beiden letzten Jahren beliefen sich die Beträge auf rund 227 und 200 Millionen Mark. Daß sie im nächsten Jahre wesentlich geringer sein werden, ist nicht anzunehmen. Die Einbringung der Vorlage im Landtage dürfte, wie auch in den früheren Jahren, nach Beendigung der zweiten Lesung des Etats, also gegen Ende März erfolgen.

beiden preussischen Infanterie-Regimenter Nr. 30 und 34; die Anzahl der Geschütze betrug 72. Außer dem XIV. Armeekorps wurden Anfangs Oktober im Elsaß zusammengezogen die 1. und 4. Reserve-Division in einer Stärke von 12 000 Mann und 18 Geschützen unter General v. Treslow I. bez. 13 400 Mann und 36 Geschützen unter General v. Schmeling.

Vor Paris wird die Kette der Belagerer Anfang Oktober von Tag zu Tag dichter und enger gezogen.

Die 4. Kavallerie-Division, welche gegen Orleans zur Aufklärung vorgeschickt worden war, gelangt bis Loury und wurden hier durch starke feindliche Abteilungen aller Waffen, welche den Wald nördlich von Orleans besetzt hatten, am weiteren Vordringen gehindert.

Unruhen in Lyon, wo schon am 28. September ein vortepublikanischer Aufstand erfolgt war, bei dem der an der Spitze der Aufständischen stehende

Oesterreich.

Das neue österreichische Wehrgesetz wird mit der Einführung der zweijährigen Dienstzeit für alle Wehrpflichtigen die Aufhebung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes auf eigene Kosten erhalten und an Stelle dieser bisher bestandenen Institution die Ableistung des Freiwilligenjahres auf Staatskosten verfügen. Mit dieser Bestimmung wird der bisher bestandene, stets als Übelstand empfundene soziale Unterschied zwischen bemittelten und unbemittelten Wehrpflichtigen, die im Besitze des Freiwilligenrechtes sind, mit einem Schlage aufgehoben. Durch diese Neueinführung wird vielen Familienvätern, denen mit der Einrückung ihrer Söhne zur Ableistung des Freiwilligenjahres oft eine über ihre materiellen Verhältnisse hinausgehende Belastung auferlegt wurde, in Zukunft eine schwere Sorge abgenommen. Die jungen Leute werden von nun an wie jeder andere Wehrpflichtige ihrer militärischen Pflicht genügen, nur mit dem Unterschied, daß ihre Dienstzeit auf Grund ihrer Vorbildung um ein Jahr gekürzt erscheint und ihnen die Erreichung der Offizierschance möglich ist. Gleichzeitig wird der Unterschied zwischen Freiwilligen auf eigene Kosten und solchen auf Staatskosten, der von den letzteren sehr empfunden wurde, verschwinden.

Italien.

Zur Zusammenkunft San Giuliano-Aehrenthal. Der König und die Königin von Italien gaben zu Ehren des Grafen Aehrenthal ein Frühstück. Der König verlieh dem Grafen den Annunziatororden und dem Grafen Szapary das Großoffizierskreuz des Ordens der italienischen Krone. Der König unterhielt sich sehr herzlich mit dem Grafen Aehrenthal, dem Marquis di San Giuliano und anderen Persönlichkeiten. Von den Diplomaten waren noch anwesend Unterstaatssekretär Fürst Scalo, Generalsekretär Dollati, Rabinetschef Baron Fasciotti und Graf Szapary.

England.

Die englischen Finanzen. Die Staatseinnahmen des letzten Quartals weisen mit 41 540 819 Pfund eine Zunahme um 1 186 965 Pfund gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres auf. Die Halbjahrseinnahme von 98 923 996 Pfund zeigt eine Zunahme von um 37 509 121 Pfund gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres auf. Dieser auffällige Unterschied ist in der Hauptfache durch die verspätete Annahme des Budgets für 1909/10 entstanden.

Die Aussperrung in der Baumwollindustrie. Auf Ersuchen des Handelsministers sind Freitagabend die Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Baumwollindustrie noch einmal zusammengetreten. Die Verhandlungen führten aber zu keiner Einigung. Die allgemeine Aussperrung in der Baumwollindustrie beginnt daher heute.

Holland.

Die Schiffsabgaben abgelehnt. Im Ministerium des Äußern fand nach einer Meldung des „D. L.“ am Donnerstag eine längere Besprechung zwischen dem Minister van Swinderen und dem deutschen Gesandten Baron Severs über die Schiffsabgaben statt. Dabei wurde die absolute Unmöglichkeit eines etwaigen Nachgebens Hollands in der Abgabenfrage festgestellt. Der Minister, der den Korrespondenten unmittelbar nach der Konferenz empfing, versicherte ihm, Holland sei fest entschlossen, die Rheinschiffahrtsakte, mit denen ein Paragraph des Abgabengesetzes in flagrantem Widerspruch stehe, unter allen Umständen zu wahren. Ein Modus vivendi sei ausgeschlossen.

Balkanhalbinsel.

Die türkische Anleihe. Türkische Finanzkreise halten an der Ansicht fest, daß die Anleihe unter

General Cluseret sich der Regierung zu bemächtigen versuchte, ein Vorhaben, das die Nationalgarde vereitelt hatte.

2. Oktober.

Vor Paris Feldgottesdienst im Park von Versailles.

Eine fliegende Kolonne unter General v. Degensfeld, lauter badische Truppen, marschiert in der Gegend von Schlettstadt direkt in die Vogesen, um die dort aufgetauchten Franktireurs zu züchtigen.

In Tours, wo sich ein Teil der französischen Regierung befindet, trifft der Verteidiger von Straßburg, General Ulrich, ein, dem zu Ehren eine große patriotische Kundgebung veranstaltet wird. Zugleich wurde er zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt. Ulrich blieb nur wenige Tage in Tours und ging dann nach Basel, wo seine Gattin bereits während der Belagerung von Straßburg Wohnung genommen hatte.

Tages-Gedenklblätter

aus dem deutsch-französischen Kriege 1870/71.

1. Oktober.

Graf Bismarck erläßt von Ferrières aus ein Rundschreiben an die Vertreter des norddeutschen Bundes im Ausland, worin er die Preußen von Jules Favre unterschobene Absicht, Frankreich zu einer Macht 2. Ranges herabzudrücken, entschieden zurückwies.

Das unter den Befehl des Generals v. Werder gestellte neuformierte XIV. deutsche Armeekorps bricht von Straßburg auf. Es hatte die Bestimmung, den Elsaß von französischen Truppen zu säubern und alle Unternehmungen des Feindes vor Südfrankreich her zurückzuweisen. Das Korps war 25 000 Mann stark und bestand aus den Divisionen Glümer und La Roche. Generalstabschef war Generalmajor von Degensfeld. Zu dem Korps gehörten außer den badischen Truppen die